

## Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der  
Ausländerbeiräte Hessen-  
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31  
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0  
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de  
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 25. März 2013

Optionsregelung

### **„Ohne wenn und aber!“**

#### **Verbände fordern Abschaffung der Optionsregelung/Offener Brief an SPD-Parteichef Sigmar Gabriel**

In einem offenen Brief haben heute der Landesausländerbeirat Hessen und weitere 15 Organisationen und Verbände den Parteivorsitzenden der SPD, Sigmar Gabriel, dazu aufgefordert, gegenüber den Unionsparteien an der vollständigen Abschaffung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsgesetz festzuhalten.

Die Unterzeichnenden erinnerten den Parteichef daran, dass die SPD mit diesem Versprechen in den Bundestagswahlkampf 2013 gezogen ist und bei ihren Mitgliedern erfolgreich um die Zustimmung zum Koalitionsvertrag mit der Union geworben hat.

„Die Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht macht Kinder Deutschlands zu Staatsbürgern auf Widerruf. Sie ist ein lebensfremdes und menschenfeindliches Relikt aus dem letzten Jahrhundert, das nicht der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen entspricht. Der Status eines Staatsbürgers auf Widerruf grenzt vielmehr aus und gefährdet so individuelle Integrationsprozesse. Mit dem Selbstverständnis einer modernen Einwanderungsgesellschaft ist das nicht in Einklang zu bringen“, sagte Enis Gülegen, Vorsitzender der Landesausländerbeirats.

Der jetzt von Bundesinnenminister Thomas de Maizière vorgelegte Gesetzentwurf hält entgegen dieser Ankündigung grundsätzlich an der Optionspflicht fest und schreibt die Ungleichbehandlung junger deutscher Staatsbürger fort. Die Betroffenen sollen auch in Zukunft ein aufwendiges Verfahren durchlaufen müssen, das sie am Ende mit dem Verlust bzw. dem Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit bedroht.

Die Unterzeichnenden des offenen Briefes fordern den Parteivorsitzenden der SPD deshalb dazu auf, im Interesse der jährlich bis zu 40.000 Betroffenen keinen Schritt zurückzumachen und gegenüber der Union auf der vollständigen Abschaffung der Optionspflicht zu bestehen.

**Zum Hintergrund:** Die Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht erkennt in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern unter bestimmten Voraussetzungen neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit zu. Mit Eintritt der Volljährigkeit müssen sie sich dann allerdings zwischen diesen Staatsangehörigkeiten entscheiden.